

Aus Lenin Werke Band 24

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	627
Wie schüchtern die Kapitalisten das Volk ein?	438—440
Noch ein Verbrechen der Kapitalisten	441—442
Lügen, nichts als Lügen	443
Brief an die Redaktion	444
Ist die Doppelherrschaft verschwunden?	445—448
über die „eigenmächtige Besitzergreifung“ des Bodens (Schlechte Argumente der „Sozialrevolutionäre“)	449—453
Materialien zur Revision des Parteiprogramms	455—481
1. Vorwort zu der Broschüre „Materialien zur Revision des Parteiprogramms“	457
2. Entwurf zur Abänderung des theoretischen, des politischen Teils und einiger anderer Teile des Programms	459
3. Einige Erwägungen zu den Bemerkungen der Kommission der Gesamtrussischen Aprilkonferenz	465
4. Zum Entwurf der Umarbeitung des Programms	467
Erster Gesamtrussischer Kongreß der Bauerndeputierten, 4.-28. Mai (17. Mai-10. Juni) 1917	483-508
1. Resolutionsentwurf zur Agrarfrage	485
2. Rede zur Agrarfrage, 22. Mai (4. Juni) 1917	488
Die Parteien bei den Wahlen zu den Petrograder Bezirksdumas	511—514
Zwei Mängel	515
Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung	516—518
Abmachungen mit den Kapitalisten oder Sturz der Kapitalisten? (Wie der Krieg beendet werden kann)	519—521
Die Stärke der Kette wird durch die Stärke ihres schwächsten Gliedes bestimmt	522—523
Man muß die Kapitalisten entlarven	524—525
Berichte über die wirtschaftliche Zerrüttung	526—529
„Taschenspielerkunststücke“ und Kunststücke politischer Prinzipienlosigkeit	530-531
Die Schwarzhunderter für die Kadetten — die Menschewiki und Volkstümler in einer Regierung mit den Kadetten	532—533
Der schändliche Block der Menschewiki und Volkstümler mit dem „Jedinstwo“	534—535

MATERIALIEN ZUR REVISION DES PARTEIPROGRAMMS

geschrieben April-Mai 1917.

*Veröffentlicht im Juni 1917 in der
Broschüre „Materialien zur Revision
des Parteiprogramms“.*

Verlag „Priboi“, Petrograd.

Nach dem Text der Broschüre.

VORWORT ZU DER BROSCHÜRE
„MATERIALIEN ZUR REVISION
DES PARTEIPROGRAMMS“

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands („Bolschewiki“) hat den Unterzeichneten beauftragt, unverzüglich das dem ZK bereits vorliegende Material zur Revision des Parteiprogramms herauszugeben.

Dieses Material besteht aus folgendem:

- a) einem ersten Entwurf zur Abänderung des theoretischen und des politischen Teils des Programms, den der Verfasser dieser Zeilen auf der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vom 24.-29. April 1917 eingebracht hat und der nur in der von der Konferenz zur Bearbeitung dieser Frage gebildeten Kommission behandelt worden ist;
- b) den Bemerkungen der Kommission und ihrer einzelnen Mitglieder sowohl zu diesem Entwurf wie im Zusammenhang mit ihm;
- c) meiner Antwort auf diese Bemerkungen;
- d) dem vollständigen Entwurf zur Abänderung des wirtschaftlichen Minimalprogramms, der auf der Konferenz vom 24.-29. April 1917 von der Unterkommission für Arbeiterschutz ausgearbeitet wurde;
- e) dem mit kurzen Erläuterungen versehenen Entwurf zur Abänderung der Punkte des Parteiprogramms, die das Volksbildungswesen betreffen. Dieser Entwurf wurde erst nach der Konferenz von N. K. Krupskaja verfaßt.

Bei der Herausgabe dieses Materials beschränke ich mich auf ganz kurze Bemerkungen, da es meines Erachtens im gegenwärtigen Zeitpunkt die Hauptaufgabe der Partei ist, durch Veröffentlichung des Materials eine möglichst große Zahl von Genossen zur aktiven Mitarbeit an der Ausarbeitung des Parteiprogramms heranzuziehen.

Da alle oben aufgezählten Abänderungsentwürfe in ihrer Gesamtheit den Entwurf des vollständigen Textes des neuen Programms ergeben, veröffentliche ich am Ende dieser Broschüre *sowohl* den alten *als auch* den neuen Text, und zwar so, daß die Leser das gesamte Material in der für einen Vergleich und für das Eintragen von Korrekturen bequemsten Form vor Augen haben.

Im Auftrag des ZK wende ich mich an alle Parteigenossen sowie an alle mit der Partei Sympathisierenden mit der Bitte, das vorliegende Material möglichst weitgehend in den Parteipublikationen nachzudrucken, mit diesem Material die *ganze* Parteimitgliedschaft bekannt zu machen und alle Bemerkungen und Entwürfe an die Redaktion der „Prawda“ (Moika 32, Petrograd, mit dem Vermerk: Für das ZK, Materialien zur Revision des Programms) zu senden.

20. Mai 1917

N. Lenin

2

ENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES THEORETISCHEN,
DES POLITISCHEN TEILS UND EINIGER ANDERER
TEILE DES PROGRAMMS

Am Schluß des grundsätzlichen Teils des Programms (nach den Worten „sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen“) einfügen:

Der Weltkapitalismus hat jetzt, ungefähr seit Beginn des 20. Jahrhunderts, die Stufe des Imperialismus erreicht. Der Imperialismus oder die Epoche des Finanzkapitals ist die Epoche einer so hoch entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, daß die Monopolverbände der Kapitalisten - Syndikate, Kartelle, Trusts - entscheidende Bedeutung erlangt haben, das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital verschmolzen, der Kapitalexport nach fremden Ländern hat sehr große Ausmaße angenommen, die ganze Welt ist territorial bereits unter die reichsten Länder aufgeteilt, und die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts hat begonnen.

Imperialistische Kriege, d. h. Kriege um die Weltherrschaft, um Märkte für das Bankkapital, um die Versklavung der kleinen und schwachen Völkerschaften, sind bei einer solchen Lage der Dinge unvermeidlich. Und gerade ein solcher Krieg ist der erste große imperialistische Krieg 1914-1917.

Die außerordentlich hohe Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus überhaupt, die Ablösung der freien Konkurrenz durch den monopolistischen Kapitalismus, die Entwicklung eines Apparats für die gesellschaftliche Regulierung des Produktionsprozesses und der Verteilung der Produkte durch die Banken sowie durch die Kapitalistenverbände, die mit dem Wachstum der kapitalistischen Monopole verbundene Teuerung und die Zunahme des Drucks der Syndikate auf die Arbeiterklasse,

die gewaltige Erschwerung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes, die Schrecken, das Elend, der Ruin, die Verwilderung, die der imperialistische Krieg erzeugt - alles das macht die jetzt erreichte Entwicklungsstufe des Kapitalismus zur Ära der proletarischen, sozialistischen Revolution.

Diese Ära hat begonnen.

Nur die proletarische, sozialistische Revolution vermag die Menschheit aus der Sackgasse herauszuführen, die der Imperialismus und die imperialistischen Kriege geschaffen haben. Wie groß auch immer die Schwierigkeiten der Revolution, ihre eventuellen zeitweiligen Mißerfolge oder die Wellen der Konterrevolution sein mögen, der endgültige Sieg des Proletariats ist unausbleiblich.

Auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Epoche tritt daher, kraft der objektiven Verhältnisse, die allseitige unmittelbare Vorbereitung des Proletariats für die Eroberung der politischen Macht, um die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchzuführen, die den Inhalt der sozialistischen Revolution bilden.

Die Erfüllung dieser Aufgabe, die das vollste Vertrauen, das engste brüderliche Bündnis und die unmittelbare Einheit der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse aller fortgeschrittenen Länder erfordert, ist nicht zu verwirklichen, wenn man nicht sofort und grundsätzlich mit der bürgerlichen Entstellung des Sozialismus bricht, die in den Oberschichten der allermeisten offiziellen sozialdemokratischen Parteien den Sieg davongetragen hat. Eine solche Entstellung ist einerseits die Strömung des Sozialchauvinismus, des Sozialismus in Worten, des Chauvinismus in Wirklichkeit, wobei man die Verteidigung der räuberischen Interessen „seiner“ nationalen Bourgeoisie durch die Losung der „Vaterlandsverteidigung“ bemäntelt, und andererseits die ebenso verbreitete und internationale Strömung des sogenannten „Zentrums“, die für die Einheit mit den Sozialchauvinisten, für die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der bankrotten II. Internationale eintritt – eine Strömung, die zwischen dem Sozialchauvinismus und dem revolutionär-internationalistischen Kampf des Proletariats um die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung schwankt.

Im Minimalprogramm den ganzen Anfang (von den Worten: „Auf dem Wege“ bis zum § 1) streichen und durch folgendes ersetzen:

Im gegenwärtigen Augenblick, wo in Rußland die Provisorische Regierung, die der Kapitalistenklasse angehört und das Vertrauen - notwendigerweise ein schwankendes Vertrauen - der breiten Massen der kleinbürgerlichen Bevölkerung genießt, sich verpflichtet hat, die Konstituierende Versammlung einzuberufen, steht die Partei des Proletariats nunmehr vor der unmittelbaren Aufgabe, um eine Staatsordnung zu kämpfen, die am besten sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte des Volkes im allgemeinen sichert als auch im besonderen die Möglichkeit, den Übergang zum Sozialismus denkbar schmerzlos zu vollziehen.

Die Partei des Proletariats kann sich nicht auf die bürgerlich-parlamentarische demokratische Republik beschränken, die überall in der Welt die monarchistischen Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen - die Polizei, das stehende Heer, das privilegierte Beamtentum - aufrechterhält und zu verewigen sucht.

Die Partei kämpft für eine Republik, die demokratischer ist, für eine proletarisch-bäuerliche Republik, in der die Polizei und das stehende Heer vollkommen beseitigt sind und ersetzt werden durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Miliz; alle beamteten Personen sind nicht nur wählbar, sondern auch jederzeit auf Verlangen der Mehrheit ihrer Wähler absetzbar; die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt; die parlamentarischen Vertretungskörperschaften werden nach und nach durch Sowjets der Vertreter des Volkes (der verschiedenen Klassen und Berufe oder der verschiedenen Orte) ersetzt, die gleichzeitig gesetzgebend sind und ihre Gesetze vollziehen.

Die Verfassung der demokratischen Republik Rußland muß gewährleisten:

§ 1. Die Selbstherrschaft des Volkes; die gesamte oberste Gewalt im Staate muß den Vertretern des Volkes gehören, die vom Volke gewählt und jederzeit absetzbar sind und *eine* Versammlung der Volksdeputierten, *eine* Kammer bilden.

§ 2 – hinzufügen:

Proportionale Vertretung bei allen Wahlen; jederzeitige Absetzbarkeit ausnahmslos aller Delegierten und gewählten Beauftragten auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

§ 3 - hinzufügen:

Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.*

Im § 8 den letzten Satz wie folgt formulieren:

Einführung der Muttersprache in allen lokalen öffentlichen und staatlichen Institutionen; Abschaffung der obligatorischen Staatssprache.

§ 9 folgendermaßen ändern:

Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates für alle Nationen, die zum Staate gehören. Die Republik des russischen Volkes soll andere Völker oder Völkerschaften nicht durch Gewalt an sich ziehen, sondern ausschließlich durch freiwillige Verständigung über die Schaffung eines gemeinsamen Staates. Die Einheit und das brüderliche Bündnis der Arbeiter aller Länder vertragen sich weder mit einer direkten noch mit einer indirekten Vergewaltigung anderer Völkerschaften.

§ 11 folgendermaßen ändern:

Wahl der Richter und der beamteten Personen sowohl im Zivildienst als auch im Heer durch das Volk; ihre jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

§ 12 folgendermaßen ändern:

Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie im öffentlichen Dienst in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, den üblichen Lohn erhalten.

Nach dem Programmpunkt über die Finanzen (nach den Worten: „Einkommen- und Erbschaftssteuer“) einfügen:

Die hohe Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die im Bankwesen und in den vertrusteten Industriezweigen bereits erreicht ist, einerseits, und

* Siehe „Prawda“ Nr. 68 vom 28. Mai 1917, die Betrachtungen von Fr. Engels über den Standpunkt des Marxismus – und der konsequenten Demokratie überhaupt – zur Frage der Einsetzung oder Bestätigung der von der örtlichen Bevölkerung gewählten Behörden.⁹⁸

andererseits die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufene Zerrüttung, die überall die Forderung nach staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion und der Verteilung der wichtigsten Produkte aufkommen läßt, veranlassen die Partei, die Nationalisierung der Banken, der Syndikate (Trusts) usw. zu fordern.

Das Agrarprogramm wie folgt formulieren:

Den alten Anfang belassen (von den Worten: „Um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung“ bis zu den Worten: „fordert die... Partei“), und die Fortsetzung folgendermaßen ändern:

1. kämpft die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands mit allen Kräften für die sofortige und vollständige Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien in Rußland (sowie der Apanage-, Kirchen-, Kabinettsländereien usw. usf.);

2. verfißt sie den sofortigen Übergang aller Ländereien in die Hände der Bauernschaft, die in den Sowjets der Bauerndeputierten oder in anderen, wirklich völlig demokratisch gewählten und von den Gutsbesitzern und Beamten völlig unabhängigen Organen der örtlichen Selbstverwaltung organisiert ist;

3. fordert sie die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens im Staate; die Nationalisierung, die die Übergabe des Eigentumsrechts am gesamten Grund und Boden an den Staat bedeutet, legt das Verfügungsrecht über den Boden in die Hände der örtlichen demokratischen Institutionen;

4. unterstützt sie die Initiative der Bauernkomitees, die in verschiedenen Gegenden Rußlands das lebende und tote Inventar der Güter in die Hände der in diesen Komitees organisierten Bauernschaft legen, damit es auf Grund gesellschaftlicher Regelung zur Bestellung aller Ländereien Verwendung finde;

5. rät sie den Proletariern und Halbproletariern des Dorfes, sich dafür einzusetzen, daß aus jedem Gutsbesitz eine genügend große Musterwirtschaft geschaffen werde, die für Rechnung der Gesellschaft von den Sowjets der Landarbeiterdeputierten unter der Leitung von Agronomen und mit Hilfe der besten technischen Mittel zu betreiben wäre.

Die Partei macht es sich in allen Fällen und bei jedem Stand... usw. bis zum Ende des Absatzes („Ausbeutung zu beseitigen“).

Den Schluß des Agrarprogramms, von den Worten: „Die Partei macht es sich in allen Fällen und bei jedem Stand der demokratischen Agrarumgestaltungen zu ihrer Aufgabe“ bis zu den Worten: „jede Ausbeutung zu beseitigen“ unverändert belassen.

Den ganzen Schluß des Programms, die beiden letzten Absätze, von den Worten: „In dem Bestreben, ihre nächsten Ziele zu verwirklichen“ bis zum Schluß völlig streichen.

3

EINIGE ERWÄGUNGEN
ZU DEN BEMERKUNGEN DER KOMMISSION
DER GESAMTRUSSISCHEN APRILKONFERENZ

Zu diesen Bemerkungen über den allgemeinen Teil des Programms muß ich folgendes sagen:

Eine Umarbeitung des ganzen allgemeinen Programmteils ist meines Erachtens nicht notwendig. Der von der Kommission entworfene Plan für eine solche Umarbeitung scheint mir theoretisch unrichtig zu sein.

In seiner jetzigen Fassung enthält der allgemeine Teil des Programms eine Beschreibung und Analyse der wichtigsten und wesentlichsten Besonderheiten des Kapitalismus als einer ökonomischen Gesellschaftsordnung. Diese Besonderheiten haben sich durch den Imperialismus, die Epoche des Finanzkapitals, *nicht* grundsätzlich verändert. Der Imperialismus ist die Fortsetzung der Entwicklung des Kapitalismus, sein höchstes Stadium, in gewisser Hinsicht das Übergangsstadium zum Sozialismus.

Ich kann daher nichts „Mechanisches“ darin sehen, wenn man die Analyse der grundlegenden Besonderheiten des Kapitalismus überhaupt durch die Analyse des Imperialismus ergänzt. Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund aus um, *und er kann es auch nicht*. Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er „verknötet“ die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. *beseitigen kann* der Imperialismus *nicht*.

Der Imperialismus ist der im Ableben begriffene, aber noch nicht abgelebte, der sterbende, aber noch nicht gestorbene Kapitalismus. Nicht reine Monopole, sondern Monopole neben dem Austausch, dem Markt, der Konkurrenz, den Krisen – das ist überhaupt die wesentlichste Eigenart des Imperialismus.

Darum ist es theoretisch falsch, die Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. überhaupt zu streichen und sie durch die Analyse des Imperialismus *als eines Ganzen* zu „ersetzen“. Denn ein solches Ganzes gibt es nicht. Es gibt einen *Tibergang* von der Konkurrenz zum Monopol, und daher wird ein Programm, das die allgemeine Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. beibehält und eine Charakteristik der *heranwachsenden* Monopole hinzufügt, viel richtiger sein, die Wirklichkeit viel exakter wiedergeben. Gerade diese Verkuppelung der einander widersprechenden „Prinzipien“ – Konkurrenz und Monopol – ist für den Imperialismus wesentlich, gerade sie bereitet den Zusammenbruch, d. h. die sozialistische Revolution vor.

In Rußland wäre es überdies auch darum falsch, den Imperialismus als ein einheitliches Ganzes darzustellen (der Imperialismus ist überhaupt kein einheitliches Ganzes), weil es in Rußland noch sehr viele Gebiete und Arbeitszweige gibt, die von der Natural- und Halbnaturalwirtschaft erst zum Kapitalismus übergehen. Das ist etwas Rückständiges, das ist etwas Schwaches, aber es ist dennoch da und kann unter bestimmten Bedingungen zu einem Element der Verzögerung des kapitalistischen Zusammenbruchs werden.

Das Programm beginnt – und muß beginnen – mit den einfachsten Erscheinungen des Kapitalismus, um überzugehen zu den komplizierteren und „höheren“, vom Tausch zur Warenproduktion, zur Verdrängung der Kleinbetriebe durch die großen, zu den Krisen usw. bis zum Imperialismus als dem erst jetzt in den fortgeschrittenen Ländern heranwachsenden und herangewachsenen höchsten Stadium. Gerade so verhält es sich im Leben. Mit der Nebeneinanderstellung von „Tausch“ überhaupt und Kapitalexpert beginnen ist sowohl geschichtlich wie theoretisch falsch.

Das ist mein Einwand gegen die Bemerkungen der Kommission.

4

ZUM ENTWURF
DER UMARBEITUNG DES PROGRAMMS

Der alte und der neue Text des Programms

Um dem Leser den Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Text des Programms möglichst leicht und bequem zu machen, drucken wir beide Texte gemeinsam in folgender Weise:

Mit gewöhnlicher Schrift sind jene Teile des alten Programms gesetzt, die auch im neuen Text unverändert bleiben;

kursiv sind jene Teile des Programms gesetzt, die im neuen Text ganz wegfallen,

fett sind jene Teile des neuen Programms gesetzt, die im alten Programm überhaupt nicht enthalten waren.

Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

Die Entwicklung des Warenaustauschs hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten Welt hergestellt, daß die große Freiheitsbewegung des Proletariats international werden mußte und schon seit langem international geworden ist.

Die russische Sozialdemokratie, die sich als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats betrachtet, verfolgt dasselbe Endziel, das die Sozialdemokraten aller anderen Länder anstreben. Dieses Endziel wird bestimmt durch den Charakter der modernen bürgerlichen Gesellschaft und den Verlauf ihrer Entwicklung. Die wichtigste Eigenart einer solchen Gesellschaft ist die Warenproduktion auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse, bei denen der wichtigste und bedeutendste Teil der Mittel für die Produktion und Zirkulation der Waren einer ihrer

Zahl nach kleinen Klasse von Menschen gehört, während die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung aus Proletariern und Halbproletariern besteht, die durch ihre ökonomische Lage gezwungen sind, ständig oder periodisch ihre Arbeitskraft zu verkaufen, d. h. sich den Kapitalisten als Lohnarbeiter zu verdingen und durch ihre Arbeit das Einkommen der oberen Gesellschaftsklassen zu scharfen.

Der Herrschaftsbereich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dehnt sich immer mehr aus, in dem Maße, wie die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik, welche die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe erhöht, zur Verdrängung der selbständigen Kleinproduzenten führt, einen Teil von ihnen in Proletarier verwandelt, die Rolle der übrigen im gesellschaftlich-ökonomischen Leben beschränkt und sie mancherorts in eine mehr oder minder vollständige, mehr oder minder offene, mehr oder minder drückende Abhängigkeit vom Kapital bringt.

Derselbe technische Fortschritt gibt außerdem den Unternehmern die Möglichkeit, im Prozeß der Warenproduktion und -Zirkulation in immer größerem Umfang Frauen- und Kinderarbeit zu verwenden. Und da er andererseits zu einer relativen Verringerung des Bedarfs der Unternehmer an lebendiger Arbeitskraft führt, so bleibt notgedrungen die Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Angebot von Arbeitskraft zurück, und infolgedessen steigt die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital und der Grad ihrer Ausbeutung.

Eine solche Lage der Dinge innerhalb der bürgerlichen Länder und ihre sich ständig verschärfende Konkurrenz auf dem Weltmarkt gestalten den Absatz der Waren, die in stets wachsenden Mengen erzeugt werden, immer schwieriger und schwieriger. Die Überproduktion, die sich in mehr oder minder akuten industriellen Krisen äußert, denen mehr oder minder lange Perioden industrieller Stagnation folgen, ist die unvermeidliche Folge der Entwicklung der Produktivkräfte in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Krisen und die Perioden industrieller Stagnation ruinieren ihrerseits die Kleinproduzenten noch mehr, vergrößern noch mehr die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital, führen noch rascher zur relativen und mitunter auch zur absoluten Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse.

Die Vervollkommnung der Technik, die eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums be-

deutet, bedingt somit in der bürgerlichen Gesellschaft ein Anwachsen der sozialen Ungleichheit, eine Vergrößerung des Abstands zwischen Besitzenden und Besitzlosen und eine Zunahme der Unsicherheit der Existenz, der Arbeitslosigkeit und der Entbehrungen aller Art für immer breitere Schichten der werktätigen Massen.

Aber in dem Maße, wie alle diese, der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Widersprüche wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse mit den bestehenden Zuständen, wächst die Zahl und die Geschlossenheit der Proletarier und verschärft sich ihr Kampf gegen ihre Ausbeuter. Zugleich schafft die Vervollkommnung der Technik, indem sie die Produktions- und Zirkulationsmittel konzentriert und den Arbeitsprozeß in den kapitalistischen Betrieben vergesellschaftet, immer rascher die materielle Möglichkeit der Ersetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch sozialistische, d. h. jener sozialen Revolution, die das Endziel der gesamten Tätigkeit der internationalen Sozialdemokratie als der bewußten Trägerin der Klassenbewegung ist.

Die soziale Revolution des Proletariats, die das Privateigentum an den Produktions- und Zirkulationsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum ersetzt und den gesellschaftlichen Produktionsprozeß im Interesse des Wohlstands und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft planmäßig organisiert, wird die Klassenteilung der Gesellschaft beseitigen und so die ganze unterdrückte Menschheit befreien, denn sie wird jeder Art Ausbeutung eines Teils der Gesellschaft durch den anderen ein Ende setzen.

Die unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die es befähigen wird, jeden Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken. Die internationale Sozialdemokratie, die sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zur Erfüllung seiner großen historischen Mission zu befähigen, organisiert es zu einer selbständigen politischen Partei, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt, sie leitet seinen Klassenkampf in allen Erscheinungsformen, sie enthüllt ihm den unveröhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und den Interessen der Ausbeuteten und macht ihm die geschichtliche Bedeutung und die notwendigen Bedingungen der bevorstehenden sozialen

Revolution klar. Zugleich damit zeigt sie der gesamten übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Aussichtslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution im Interesse ihrer eigenen Befreiung vom Joch des Kapitals. Die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, ruft in ihre Reihen alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Der Weltkapitalismus hat jetzt, ungefähr seit Beginn des 20. Jahrhunderts, die Stufe des Imperialismus erreicht. Der Imperialismus oder die Epoche des Finanzkapitals ist die Epoche einer so hoch entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, daß die Monopolverbände der Kapitalisten – Syndikate, Kartelle, Trusts – entscheidende Bedeutung erlangt haben, das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital verschmolzen, der Kapitalexport nach fremden Ländern hat sehr große Ausmaße angenommen, die ganze Welt ist territorial bereits unter die reichsten Länder aufgeteilt, und die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts hat begonnen.

Imperialistische Kriege, d. h. Kriege um die Weltherrschaft, um die Märkte für das Bankkapital, um die Versklavung der kleinen und schwachen Völkerschaften, sind bei einer solchen Lage der Dinge unvermeidlich. Und gerade ein solcher Krieg ist der erste große imperialistische Krieg 1914-1917.

Die außerordentlich hohe Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus überhaupt, die Ablösung der freien Konkurrenz durch den monopolistischen Kapitalismus, die Entwicklung eines Apparats für die gesellschaftliche Regulierung des Produktionsprozesses und der Verteilung der Produkte durch die Banken sowie durch die Kapitalistenverbände, die mit dem Wachstum der kapitalistischen Monopole verbundene Teuerung und die Zunahme des Drucks der Syndikate auf die Arbeiterklasse, die gewaltige Erschwerung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes, die Schrecken, das Elend, die Verwilderung, die der imperialistische Krieg erzeugt – alles das macht die jetzt erreichte Entwicklungsstufe des Kapitalismus zur Ära der proletarischen, sozialistischen Revolution.

Diese Ära hat begonnen.

Nur die proletarische, sozialistische Revolution vermag die Mensch-

heit aus der Sackgasse herauszuführen, die der Imperialismus und die imperialistischen Kriege geschaffen haben. Wie groß auch immer die Schwierigkeiten der Revolution, ihre eventuellen zeitweiligen Mißerfolge oder die Wellen der Konterrevolution sein mögen, der endgültige Sieg des Proletariats ist unausbleiblich.

Auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Epoche tritt daher, kraft der objektiven Verhältnisse, die allseitige unmittelbare Vorbereitung des Proletariats für die Eroberung der politischen Macht, um die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchzuführen, die den Inhalt der sozialistischen Revolution bilden.

Die Erfüllung dieser Aufgabe, die das vollste Vertrauen, das engste brüderliche Bündnis und die unmittelbare Einheit der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse aller fortgeschrittenen Länder erfordert, ist nicht zu verwirklichen, wenn man nicht sofort und grundsätzlich mit der bürgerlichen Entstellung des Sozialismus bricht, die in den Oberschichten der allermeisten offiziellen sozialdemokratischen Parteien den Sieg davongetragen hat. Eine solche Entstellung ist einerseits die Strömung des Sozialchauvinismus, des Sozialismus in Worten, des Chauvinismus in Wirklichkeit, wobei man die Verteidigung der räuberischen Interessen „seiner“ nationalen Bourgeoisie durch die Losung der „Vaterlandsverteidigung“ bemäntelt, und andererseits die ebenso verbreitete und internationale Strömung des sogenannten „Zentrums“, die für die Einheit mit den Sozialchauvinisten, für die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der bankrotten II. Internationale eintritt — eine Strömung, die zwischen dem Sozialchauvinismus und dem revolutionär-internationalistischen Kampf des Proletariats um die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung schwankt.

Auf dem Wege zu ihrem gemeinsamen Endziel, das bestimmt wird durch die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in der ganzen zivilisierten Welt, sind die nächsten Aufgaben, die sich die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder stellen, notwendigerweise nicht die selben, und zwar sowohl, weil diese Produktionsweise nicht überall in gleichem Maße entwickelt ist, als auch, weil sich ihre Entwicklung in den verschiedenen Ländern unter verschiedenen sozial-politischen Verhältnissen vollzieht.

In Rußland, wo der Kapitalismus bereits zur herrschenden Produktionsweise geworden ist, haben sich noch sehr zahlreiche Überreste unserer alten vorkapitalistischen Ordnung erhalten, die sich darauf gründete, daß die Gutsbesitzer, der Staat oder das Staatsoberhaupt die werktätigen Massen zu ihren Leibeigenen machten.

Diese Überreste, die den ökonomischen Fortschritt in hohem Maße hemmen, lassen die allseitige Entwicklung des Klassenkampfes des Proletariats nicht zu, sie fördern die Aufrechterhaltung und die Stärkung der barbarischsten Formen der Ausbeutung der viele Millionen zählenden Bauernschaft durch den Staat und die besitzenden Klassen und halten das ganze Volk in Unwissenheit und Rechtlosigkeit.

Der bedeutendste aller dieser Überreste und die mächtigste Stütze dieser ganzen Barbarei ist die zaristische Selbstherrschaft. Ihrem ganzen Wesen nach steht sie jeder sozialen Bewegung feindlich gegenüber und muß zwangsläufig der schlimmste Feind aller Freiheitsbestrebungen des Proletariats sein.

Darum stellt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands als nächste Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und ihre Ersetzung durch die demokratische Republik, deren Verfassung gewährleisten würde.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo in Rußland die Provisorische Regierung, die der Kapitalistenklasse angehört und das Vertrauen — notwendigerweise ein schwankendes Vertrauen — der breiten Massen der kleinbürgerlichen Bevölkerung genießt, sich verpflichtet hat, die Konstituierende Versammlung einzuberufen, steht die Partei des Proletariats nunmehr vor der unmittelbaren Aufgabe, um eine Staatsordnung zu kämpfen, die am besten sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte des Volkes im allgemeinen sichert als auch im besonderen die Möglichkeit, den Übergang zum Sozialismus denkbar schmerzlos zu vollziehen.

Die Partei des Proletariats kann sich nicht auf die bürgerlich-parlamentarische demokratische Republik beschränken, die überall in der Welt die monarchistischen Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen — die Polizei, das stehende Heer, das privilegierte Beamtentum — aufrechterhält und zu verewigen sucht.

Die Partei kämpft für eine Republik, die demokratischer ist, für eine

proletarisch-bäuerliche Republik, in der die Polizei und das stehende Heer vollkommen beseitigt sind und ersetzt werden durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Miliz; alle beamteten Personen sind nicht nur wählbar, sondern auch jederzeit auf Verlangen der Mehrheit ihrer Wähler absetzbar; die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt, die parlamentarischen Vertretungskörperschaften werden 'nach und nach durch Sowjets der Vertreter des Volkes (der verschiedenen Klassen und Berufe oder der verschiedenen Orte) ersetzt, die gleichzeitig gesetzgebend sind und ihre Gesetze vollziehen.

Die Verfassung der demokratischen Republik Rußland muß gewährleisten:

1. Die Selbstherrschaft des Volkes; die gesamte oberste Gewalt im Staate muß den Vertretern des Volkes gehören, die vom Volke gewählt und jederzeit absetzbar sind und eine Versammlung der Volksdeputierten, eine Kammer bilden.

1. Die Selbstherrschaft des Volkes, d. h. die Konzentrierung der gesamten obersten Staatsgewalt in den Händen einer gesetzgebenden Versammlung, die aus Vertretern des Volkes besteht und eine Kammer bildet.

2. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bei den Wahlen sowohl zur gesetzgebenden Versammlung als auch zu allen örtlichen Selbstverwaltungsorganen für alle Bürger und Bürgerinnen, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben; geheime Abstimmung bei den Wahlen; das Recht jedes Wählers, in alle Vertretungskörperschaften gewählt zu werden; Neuwahl der Parlamente alle zwei Jahre; Diäten für die Volksvertreter; proportionale Vertretung bei allen Wahlen; jederzeitige Absetzbarkeit ausnahmslos aller Delegierten und gewählten Beauftragten auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

3. Weitgehende örtliche Selbstverwaltung; provinzielle Selbstverwaltung für diejenigen Gebiete, die sich durch besondere Lebensverhältnisse und die Zusammensetzung der Bevölkerung unterscheiden; Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.

4. Unantastbarkeit der Person und der Wohnung.

5. Uneingeschränkte Gewissens- und Redefreiheit, Presse-, Versammlungs-, Streik- und Koalitionsfreiheit.

6. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit.

7. Abschaffung der Stände und volle Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität.

8. Recht der Bevölkerung auf Vermittlung der Schulbildung in der Muttersprache, das durch die Gründung der hierzu notwendigen Schulen auf Kosten des Staates und der Selbstverwaltungsorgane gesichert wird; Recht eines jeden Bürgers, in Versammlungen seine Muttersprache zu gebrauchen; Einführung der Muttersprache *neben der Staatssprache* in allen lokalen öffentlichen und staatlichen Institutionen; **Abschaffung der obligatorischen Staatssprache.**

9. Selbstbestimmungsrecht aller Nationen, die zum Staate gehören.

9. Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates für alle Nationen, die zum Staate gehören. Die Republik des russischen Volkes soll andere Völker oder Völkerschaften nicht durch Gewalt an sich ziehen, sondern ausschließlich durch freiwillige Verständigung über die Schaffung eines gemeinsamen Staates. Die Einheit und das brüderliche Bündnis der Arbeiter aller Länder vertragen sich weder mit einer direkten noch mit einer indirekten Vergewaltigung anderer Völkerschaften.

10. Recht jeder Person, in der üblichen Verfahrensweise jeden beliebigen Beamten vor dem Geschworenengericht zu verklagen.

11. Wahl der Richter durch das Volk.

11. Wahl der Richter und der beamteten Personen sowohl im Zivildienst als auch im Heer durch das Volk; ihre jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

12. Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung.

12. Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie im öffentlichen Dienst in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, den üblichen Lohn erhalten.

13. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche; völlige Weltlichkeit der Schule.

14. Unentgeltliche und obligatorische allgemeine und berufliche Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 16. Lebensjahr, Versorgung der armen Kinder mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

14. Unentgeltliche und obligatorische allgemeine und polytechnische (theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde) Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 16. Lebensjahr; enge Verbindung zwischen Unterricht und gesellschaftlich-produktiver Arbeit der Kinder.

15. Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

16. Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände der demokratischen Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Verhinderung jeder Einmischung der Zentralgewalt in die Festsetzung der Schulprogramme und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen.

Als Grundbedingung für die Demokratisierung unseres Staatshaushalts fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Einführung einer progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer.

Die hohe Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die im Bankwesen und in den vertrautesten Industriezweigen bereits erreicht ist, einerseits, und andererseits die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufene Zerrüttung, die überall die Forderung nach staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion und der Verteilung der wichtigsten Produkte aufkommen läßt, veranlassen die Partei, die Nationalisierung der Banken, der Syndikate (Trusts) usw. zu fordern.

Um die Arbeiterklasse vor körperlicher und sittlicher Degradation zu bewahren und um sie besser zu befähigen, den Freiheitskampf zu führen, fordert die Partei:

1. Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden für alle Lohnarbeiter.

1. Beschränkung des Arbeitstages für alle Lohnarbeiter auf acht Stunden, bei durchgehender Arbeit einschließlich einer mindestens ein-

stündigen Pause für die Einnahme der Mahlzeiten. In gefährlichen und gesundheitsschädlichen Produktionszweigen soll die tägliche Arbeitszeit nur 4-6 Stunden betragen.

2. Gesetzliche Festlegung einer wöchentlichen ununterbrochenen Ruhepause von mindestens 42 Stunden für Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts in sämtlichen Zweigen der Volkswirtschaft.

3. Völliges Verbot der Überstundenarbeit.

4. *Verbot der Nachtarbeit (von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Arbeiterorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig ist.*

4. Verbot der Nachtarbeit (von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Arbeiterorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig ist, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit der Arbeiter vier Stunden nicht übersteigt.

5. *Verbot für die Unternehmer, Kinder im schulpflichtigen Alter (bis zum 16. Lebensjahr) für sich arbeiten zu lassen, und Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen (16-18 Jahre) auf sechs Stunden.*

5. Verbot für die Unternehmer, Kinder im schulpflichtigen Alter (bis zum 16. Lebensjahr) für sich arbeiten zu lassen, Beschränkung der Arbeitszeit der Jungarbeiter (16-20 Jahre) auf vier Stunden und Verbot der Nachtarbeit dieser Arbeiter in gesundheitsschädlichen Produktionszweigen und Bergwerken.

6. *Verbot der Frauenarbeit in jenen Wirtschaftszweigen, in denen die Arbeit für den weiblichen Organismus schädlich ist, Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 4 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft unter Tortzahlung des üblichen Lohnes für diese gesamte Zeit.*

6. Verbot der Frauenarbeit in jenen Wirtschaftszweigen, in denen die Arbeit für den weiblichen Organismus schädlich ist; Verbot der Nachtarbeit für Frauen; Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft unter Fortzahlung des vollen Lohnes für diese gesamte Zeit bei unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln.

7. *Einrichtung von Krippen für Säuglinge und Kleinkinder bei allen Werken, Fabriken und anderen Betrieben, in denen Trauen arbeiten, Freistellung der stillenden Mütter von der Arbeit zumindest alle drei Stunden für die Dauer von mindestens einer halben Stunde.*

7. Einrichtung von Krippen für Säuglinge und Kleinkinder sowie besonderer Räume für stillende Mütter bei allen Werken, Fabriken und anderen Betrieben, in denen Frauen arbeiten; Freistellung der stillenden Mütter von der Arbeit zumindest alle drei Stunden für die Dauer von mindestens einer halben Stunde; Gewährung von Beihilfen an die stillenden Mütter und Verkürzung ihres Arbeitstages auf 6 Stunden.

8. *Staatliche Altersversicherung sowie Invaliditätsversicherung der Arbeiter für den Fall des vollständigen oder teilweisen Verlustes der Arbeitsfähigkeit auf Kosten eines Sonderfonds, der durch besondere Besteuerung der Kapitalisten zu bilden ist.*

8. Vollständige Sozialversicherung der Arbeiter:

- a) für alle Arten der Lohnarbeit;
- b) für alle Arten des Verlustes der Arbeitsfähigkeit – durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Berufskrankheiten, Mutterschaft, Witwenschaft und Verwaisung –, für den Fall der Arbeitslosigkeit usw.;
- c) vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen;
- d) Bestreitung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten;
- e) unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln; Übertragung des Gesundheitswesens an sich selbst verwaltende Krankenkassen, deren Leitung von den Arbeitern gewählt wird.

9. *Verbot der Zahlung des Arbeitslohns in Waren, Festlegung der wöchentlichen Lohnzahlung in bar in ausnahmslos allen Arbeitsverträgen und Auszahlung des Lohns während der Arbeitszeit.*

10. *Verbot für die Unternehmer, vom Arbeitslohn Abzüge zu machen, aus welchem Anlaß und zu welchem Zweck sie auch vorgenommen werden (Geldstrafen, Abzüge für Ausschuß usw.).*

11. *Ernennung einer genügenden Anzahl von Fabrikinspektoren in allen Zweigen der Volkswirtschaft und Ausdehnung der Aufsicht durch die Fabrikinspektion auf alle Betriebe, die Lohnarbeit verwenden, einschließlich der staatlichen Betriebe (auch die Arbeit der Hausangestellten*

unterliegt dieser Aufsicht), Ernennung von weiblichen Inspektoren in jenen Wirtschaftszweigen, in denen Frauenarbeit verwendet wird, Hinzuziehung von Arbeitervertretern, die von den Arbeitern gewählt und vom Staate bezahlt werden, zur Aufsicht über die Durchführung der Fabrikgesetze, über die Festsetzung der Tarifsätze sowie über die Abnahme von Materialien und Fertigprodukten resp. über ihre Zurückweisung als Ausschuß.

9. Einführung einer von den Arbeiterorganisationen gewählten Arbeitsinspektion und ihre Ausdehnung auf alle Arten Betriebe, die Lohnarbeit verwenden, unter Einschluß auch der Hausangestellten; Einrichtung der Institution weiblicher Inspektoren in jenen Wirtschaftszweigen, in denen Frauenarbeit verwendet wird.

12. Aufsicht der örtlichen Selbstverwaltungsorgane unter Hinzuziehung von gewählten Arbeitervertretern über den sanitären Zustand der den Arbeitern von den Unternehmern zugewiesenen Wohnräume wie auch über die Hausordnung in diesen Räumlichkeiten und die Vermietungsbedingungen, um die Lohnarbeiter vor der Einmischung der Unternehmer in ihr Privatleben und in ihre staatsbürgerliche Betätigung zu schützen.

13. Einführung einer richtig organisierten sanitären Kontrolle in sämtlichen Betrieben, die Lohnarbeit verwenden, bei völliger Unabhängigkeit der gesamten ärztlich-sanitären Organisation von den Unternehmern, unentgeltliche medizinische Hilfe für die Arbeiter auf Kosten der Unternehmer unter Tortzahlung des Lohnes während der Krankheit.

14. Festsetzung der strafrechtlichen Haftung der Unternehmer bei Verletzung der Arbeitsschutzgesetze.

10. Schaffung einer sanitären Gesetzgebung zur Verbesserung der Arbeitshygiene und zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter in allen Betrieben, die Lohnarbeit verwenden, bei gleichzeitiger Überführung des Sanitätswesens in die Hände einer von den Arbeiterorganisationen gewählten Sanitätsinspektion.

11. Schaffung einer Wohnungsgesetzgebung und Bildung von den Arbeiterorganisationen gewählter Wohnungsinspektionen zur Kontrolle des sanitären Zustands der Wohnräume. Jedoch kann nur die Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden und der Bau billiger und hygienischer Wohnungen die Wohnungsfrage lösen.

12. Errichtung von Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft.

15. Errichtung von Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter- und Unternehmer Organisationen.

16. Obligatorische Errichtung von Arbeitsnachweisen (Arbeitsbörsen) für ansässige und zugewanderte Arbeiter in allen Industriezweigen durch die örtlichen Selbstverwaltungsorgane unter Beteiligung von Arbeiter- und Unternehmervertretern an ihrer Verwaltung.

13. Um die Arbeitsvermittlung an Arbeitslose zweckentsprechend zu organisieren, werden Arbeitsbörsen geschaffen. Die Arbeitsbörsen müssen proletarische Klassenorganisationen sein (keinesfalls paritätische Organisationen), sie müssen in engster Verbindung mit den Gewerkschaften und den anderen Arbeiterorganisationen stehen und aus Mitteln der öffentlichen Selbstverwaltungen unterhalten werden.

Um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die als ein schweres Joch unmittelbar auf den Bauern lasten, und um die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern, fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands:

1. Aufhebung aller ständischen Beschränkungen der Person und des Eigentums der Bauern.

2. Aufhebung aller Zahlungen und Lasten, die mit der ständischen Sonderstellung der Bauern zusammenhängen, und Annullierung der Schuldverpflichtungen, die knechtenden Charakter tragen.

3. Konfiskation der Kirchen-, Kloster-, Apanage- und Kabinettsländereien und ihre Übergabe (wie auch der fiskalischen Ländereien) an große, städtische und ländliche Kreise vereinigende örtliche Selbstverwaltungsorgane, wobei Ländereien, die für den Umsiedlungsfonds benötigt werden, sowie Wälder und Gewässer von staatlicher Bedeutung in den Besitz des demokratischen Staates übergehen.

4. Konfiskation der privaten Ländereien mit Ausnahme des kleinen Grundbesitzes und ihre Übergabe in die Verfügung großer, auf demokratischer Grundlage gewählter örtlicher Selbstverwaltungsorgane, wobei der Mindestumfang der der Konfiskation unterliegenden Grundstücke von diesen Organen bestimmt wird.

Während die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands die revolutionären Aktionen der Bauernschaft, einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien, unterstützt, wird sie sich immer und stets allen Versuchen widersetzen, den Gang der ökonomischen Entwicklung zu hemmen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die danach strebt, bei siegreicher Entwicklung der Revolution die konfiszierten Ländereien in den Besitz der demokratischen Institutionen der örtlichen Selbstverwaltung zu überführen, wird sich, falls die Bedingungen hierfür ungünstig sind, für die Aufteilung jener Gutsbesitzerländereien unter die Bauern einsetzen, auf denen faktisch Kleinwirtschaft betrieben wird oder die notwendig sind, um das Ackerland der Bauern zu vervollständigen.

1. kämpft die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands mit allen Kräften für die sofortige und vollständige Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien in Rußland (sowie der Apanageländereien, Kirchenländereien usw. usf.);

2. verfiht sie den sofortigen Übergang aller Ländereien in die Hände der Bauernschaft, die in den Sowjets der Bauerndeputierten oder in anderen, wirklich völlig demokratisch gewählten und von den Gutsbesitzern und Beamten völlig unabhängigen Organen der örtlichen Selbstverwaltung organisiert ist;

3. fordert sie die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens im Staate; die Nationalisierung, die die Übergabe des Eigentumsrechts am gesamten Grund und Boden an den Staat bedeutet, legt das Verfügungsrecht über den Boden in die Hände der örtlichen demokratischen Institutionen;

4. unterstützt sie die Initiative der Bauernkomitees, die in verschiedenen Gegenden Rußlands das lebende und tote Inventar der Güter in die Hände der in diesen Komitees organisierten Bauernschaft legen, damit es auf Grund gesellschaftlicher Regelung zur Bestellung aller Ländereien Verwendung finde;

5. rät sie den Proletariern und Halbproletariern des Dorfes, sich dafür einzusetzen, daß aus jedem Gutsbesitz eine genügend große Musterwirtschaft geschaffen werde, die für Rechnung der Gesellschaft von den Sowjets der Landarbeiterdeputierten unter der Leitung von Agromomen und mit Hilfe der besten technischen Mittel zu betreiben wäre.

Die Partei macht es sich *dabei* in allen Fällen und bei jedem Stand der demokratischen Agrarumgestaltungen zu ihrer Aufgabe, unentwegt eine selbständige Klassenorganisation des Landproletariats anzustreben, ihm den unveröhnlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und den Interessen der Dorfbourgeoisie klarzumachen, es davor zu warnen, seine Hoffnungen auf das System der Kleinwirtschaft zu setzen, das beim Bestehen der Warenproduktion niemals imstande sein wird, das Elend der Massen zu beseitigen, und schließlich auf die Notwendigkeit der vollständigen sozialistischen Umwälzung hinzuweisen, als des einzigen Mittels, jedes Elend und jede Ausbeutung zu beseitigen.

In dem Bestreben, ihre nächsten Ziele zu verwirklichen, unterstützt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands jede oppositionelle und revolutionäre Bewegung, die sich gegen das in Rußland bestehende soziale und politische System richtet, sie lehnt aber zugleich entschieden alle jene Reformpläne ab, die irgendwie auf eine Erweiterung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen hinauslaufen.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands ist ihrerseits fest davon überzeugt, daß die vollständige, konsequente und dauerhafte Verwirklichung der genannten politischen und sozialen Umgestaltungen nur erreicht werden kann durch den Sturz der Selbstherrschaft und die Einberufung einer vom gesamten Volk frei gewählten Konstituierenden Versammlung.

⁹⁸ Lenin verweist auf seinen Artikel „Eine grundsätzliche Frage“ (siehe den vorliegenden Band, S. 540/541), in dem er ein diesbezügliches Zitat aus Friedrich Engels' Arbeit „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-entwurfs 1891“ anführt. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 236/237.) 462